



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	164, 177
Haftung des Steuerberaters	165
– Beratung über Höhe der Pachtforderung	
– Vorhersehbarkeit neuer Rechtsprechung, Betriebsaufspaltung	
(LG Aschaffenburg Ur.t.v. 23.9.1987 – 3 O 474/86)	
Haftung des Steuerberaters	169
– Verjährung des Regreßanspruches, § 68 StBerG	
– Anmerkung	
(LG Mannheim Ur.t.v. 16.6.1988 – 5 O 14/88)	
Haftung des Steuerberaters	171
– Gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	
(LG Paderborn Ur.t.v. 14.4.1988 – 3 O 40/88)	
Steuerberatungsvertrag	174
– Herausgabeanspruch	
– Kündigungsrecht	
– Anmerkung	
(AG Bad Neuenahr-Ahrweiler Ur.t.v. 25.11.1987 – 3 C 127/87)	
GI Hinweis	178

GI Leitsätze

Prozeßvertretung durch Kollegen / Kontrollpflicht

1. Beauftragt der allgemein mit der Wahrnehmung der steuerrechtlichen Interessen des Steuerpflichtigen betraute Steuerberater einen anderen (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt) mit der Einlegung eines Rechtsmittels, so muß er innerhalb der Rechtsmittelfrist überwachen, ob das Auftragsschreiben bei dem Beauftragten eingegangen ist und dieser die Prozeßvertretung übernimmt.
2. Eine derartige Kontrollpflicht besteht grundsätzlich nicht hinsichtlich solcher Schreiben, die dem Prozeßbevollmächtigten übersandt werden, nachdem er das Mandat bereits übernommen hat.

(BFH v. 11.3.1988 – V R 49/86 STEUER-TELEX 2019 = LEXinform 81467)

Verkehrsanwalt / Prozeßanwalt: Verantwortungsbereiche

1. Die Pflicht zum ordnungsgemäßen prozessualen Handeln gegenüber dem Prozeßgericht obliegt dem zum Prozeßbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalt, nicht dem Verkehrsanwalt. Verletzt der Prozeßbevollmächtigte diese Pflicht, haftet der Verkehrsanwalt nicht nach § 278 BGB. Er ist auch grundsätzlich nicht verpflichtet, die Tätigkeit des Prozeßbevollmächtigten zu überwachen.
2. Entwirft der Verkehrsanwalt einen Schriftsatz an das Prozeßgericht, so wird dadurch weder die Verantwortung des Prozeßbevollmächtigten für den Inhalt des Schriftsatzes beschränkt, noch der Verantwortungsbereich des Verkehrsanwaltes in bezug auf das prozessuale Handeln gegenüber dem Prozeßgericht erweitert.

(BGH Ur. v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, WM 1988, 382)

Verkehrsanwalt / Prozeßanwalt: Verantwortungsbereiche

1. Die Pflicht des zum Prozeßbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalts zu sachgemäßer Prozeßführung ändert sich nicht dadurch, daß ein Verkehrsanwalt in die Korrespondenz zwischen ihm und dem Mandanten eingeschaltet ist, Fristen überwacht und die Schriftsätze an das Prozeßgericht entwirft.
2. Zur Frage, ob der durch eine fehlerhafte Gerichtsentscheidung verursachte Schaden dem Rechtsanwalt haftungsrechtlich zugerechnet werden kann, wenn die Entscheidung durch eine schuldhafte Pflichtverletzung des Anwalts mitverursacht wurde.

(BGH Ur. v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87 WM 1988, 987 = WuB IV A § 675 5.88 Huff)

Haftung des Steuerberaters

- Beratung über Höhe der Pachtforderung
- Vorhersehbarkeit neuer Rechtsprechung, Betriebsaufspaltung

(LG Aschaffenburg Ur. v. 23.9.1987 – 3 O 474/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Zur Darlegung eines Schadenersatzanspruchs wegen angeblich unterlassenen Hinweises, die Pachteinnahmen aus der GmbH zu mindern, um dadurch die Höhe der Einkommensteuer zu verringern.
2. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.3.1985 (Der Betrieb 1985, 1320) zur angeblichen Vermutung gleichgerichteter Interessen von Ehegatten im Rahmen einer Betriebsaufspaltung war nicht vorhersehbar.
3. Solange sich der Steuerberater an die ständige Rechtsprechung und an die Richtlinien der Finanzverwaltung hält, handelt er nicht pflichtwidrig. Das gilt auch, wenn in der Literatur schon vereinzelt Zweifel an der Rechtsprechung und der Auffassung der Finanzverwaltung geäußert wurden.

Aus den Gründen:

1. Der Kläger kann keinen Schadenersatzanspruch daraus herleiten, daß der Beklagte den Kläger nicht veranlaßte, spätestens ab dem Jahre 1980 die Pachteinnahmen aus der GmbH zu mindern.

Zu Recht weist der Kläger zwar darauf hin, daß der Beklagte als **Steuerberater grundsätzlich verpflichtet ist, seinen Mandanten auf mögliche Steuerersparnisse** – auch ohne ausdrückliche Nachfrage – **aufmerksam zu machen** (vgl. BGH VersR 1981, 1.920).

Einen solchen Hinweis gab der Beklagte seit dem Jahre 1980 unstreitig nicht, obwohl die GmbH Verluste aufwies. Wäre die von der GmbH an den Kläger zu zahlende jährliche Pacht von 120.000,- DM beispielsweise halbiert worden, hätte der Kläger lediglich aus 60.000 DM die Einkommensteuer entrichten müssen. Die entsprechenden höheren Gewinne bei der GmbH wären zumindest teilweise durch die seit 1980 aufgetretenen Verluste absorbiert worden.

Übereinstimmend beziffern die Parteien die Steuerersparnis, die dann beim Kläger angefallen wäre, für die Jahre 1980 bis 1983 auf ca. 75.000,- DM. Der Kläger erkennt jedoch, daß dieser möglicherweise einzusparende Steuerbetrag keinesfalls einen ihm entstandenen Schaden darstellen kann.

Nach dem unwidersprochen gebliebenen Sachvortrag der Beklagten benötigten der Kläger und seine Ehefrau erhebliche Bargelder, um die Zinsen aus Investitionen in Höhe von 800.000 DM und aus einer Investition in Österreich (Haus) erbringen zu können. Dies wird durch das Schreiben des Beklagten vom 14.1.1977 (Bl. 31–32 d.A.) bestätigt, in dem der Beklagte eine jährliche Pacht von 40.000,- DM und ein Geschäftsführergehalt von 24.000,- DM vorschlug. Daß insbesondere die Ehefrau des Klägers eine höhere Pacht und ein höheres Geschäftsführergehalt wünschten, ergibt sich auch aus den Aktenvermerken des Beklagten vom 3.3.1977 (Bl. 33–34 d.A.) und vom 10.3.1977 (Bl. 35 d.A.). Es besteht keine Veranlassung, an der Echtheit jener Aktenvermerke zu zweifeln, zumal der Kläger den Wunsch nach höheren Geldzahlungen nicht in Abrede stellte.

Da der Kläger und seine Ehefrau somit unstreitig für ihren privaten Bereich die erheblichen Bargeldbeträge benötigten, können sie sich nunmehr nicht mit Erfolg darauf berufen, sie hätten bei geringerer Pacht weniger Steuern zu zahlen gehabt und seien deshalb geschädigt worden. Bei geringeren Pachteinnahmen hätten der Kläger und seine Ehefrau sich die entsprechenden Geldbeträge anderweitig besorgen müssen. Dadurch wären wiederum Kosten (Zinsen etc.) entstanden.

Es wäre daher Sache des Klägers gewesen, substantiiert darzutun, zu welchem Zweck die tatsächlich erhaltenen Pachteinnahmen verwendet und wie im Falle einer Minderung die fehlenden Pachteinnahmen ersetzt worden wären. Der Kläger muß bei einem Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater grundsätzlich die Grundlagen und die Höhe seiner Forderung beweisen. Dies tat er nicht.

Der Kläger kann nicht darauf verweisen, er hätte einfach jährlich neben einer Pachteinnahme von 60.000,- DM weitere 60.000,- DM aus der GmbH als Darlehen entnehmen können. Nach dem Sachvortrag der Beklagten, dem der Kläger insoweit nicht entgegentrat, waren bereits von der GmbH 100.000,- DM als Darlehen ausgereicht worden. Im Falle einer Darlehensaufnahme bei der GmbH hätte diese gegen den Kläger ein Rückforderungsrecht erhalten. Dem steht nicht entgegen, daß der Kläger seiner Behauptung nach für die Bankkonten persönlich haftet, zu deren Lasten die Zahlungen der GmbH gingen.

Würde man **dem Sachvortrag des Klägers folgen, hätte er einmal jährlich 100.000,- DM als Pachteinnahmen erhalten**, die er für seine Privatverbindlichkeiten brauchte. **Außerdem würde er nunmehr neben den erhaltenen Einnahmen für jedes Jahr ca. 18.000,- DM wegen angeblich zuviel gezahlter Steuern vom Beklagten bekommen.** Der Kläger hätte dann zunächst die hohen Pachteinnahmen und nunmehr noch die Steuerersparnis aus einer fiktiv halbierten Pacht.

Bei dieser Sachlage hat der Kläger daher seinen Schaden nicht dargelegt oder gar der Höhe nach bewiesen. Ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten ist nicht gegeben.

2. Ein Anspruch aus dem rechtlichen Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung steht dem Kläger gegen den Beklagten auch nicht deshalb zu, weil entgegen der Erwartung des Beklagten bei der Trennung von Besitz und Betriebsgesellschaft die Gewerbesteuer nicht entfiel.

Insoweit ging der Beklagte den Ausführungen des Sachverständigen Dr. Sch. zufolge von einer rechtsirrigen Annahme aus. Nach der damaligen Rechtslage hätte der Beklagte von vornherein bei der von ihm vorgeschlagenen vertraglichen Gestaltung damit rechnen müssen, die Finanzverwaltung würde eine sogenannte Betriebsaufspaltung annehmen und die Pachteinnahmen beim Kläger der Gewerbesteuer unterwerfen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes liegt eine sogenannte Betriebsaufspaltung vor, wenn ein Besitzunternehmen Wirtschaftsgüter, die zu den wesentlichen Grundlagen des Betriebes gehören, pachtweise einer von ihm gegründeten und beherrschten Kapitalgesellschaft (Betriebsunternehmen) zum Zwecke der Weiterführung des Betriebes überläßt (BFH, BStBl 1972 II 63).

Weitere Voraussetzung ist, daß eine enge personelle Verflechtung beider Unternehmen besteht, die auf einen einheitlichen geschäftlichen Betätigungswillen schließen läßt. Eine derartige faktische Beherrschung der Betriebsgesellschaft durch den Besitzunternehmer wurde nach der damaligen Rechtsprechung grundsätzlich bei Beteiligungen von Kindern und Ehegatten angenommen, da deren Anteile zusammenzurechnen sind (vgl. Gutachten des Sachverständigen Dr. Sch.).

Wäre der Auffassung des Klägers zufolge an seiner Stelle seine Ehefrau an der GmbH beteiligt worden, hätte dies an der Annahme einer sogenannten Betriebsaufspaltung nichts geändert. Der Kläger hätte als gesetzlicher Vertreter seiner minderjährigen Kinder auch weiterhin

eine Einwirkungsmöglichkeit auf die Kapitalgesellschaft gehabt. Dies gilt selbst dann, wenn für die Kinder ein Pfleger bestellt worden wäre (vgl. FG Nürnberg, Beschl. v. 12.10.1983, AZ: VI 260/83).

Zu Unrecht beruft sich der Kläger auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.3.1985 (DB 1985, Seite 1320). **Jene Entscheidung konnte der Beklagte als Steuerberater zuvor nicht voraussehen.** Die Auffassung der neuen Rechtsprechung wurde zwar in der Literatur schon erörtert (vgl. Bundesrichter Ludwig Schmitt, DStR 1979, 703). Diese erörterten Ansichten waren jedoch vereinzelt und fanden weder in der Rechtsprechung noch in der Finanzverwaltung Rückhalt.

Dem Beklagten kann es deshalb nach Auffassung der Kammer nicht zum Verschulden gereichen, wenn sich nicht die Ehefrau des Klägers als Gesellschafterin bei der GmbH beteiligte. Dem Beklagten kann auch nicht vorgeworfen werden, er hätte mit Rücksicht auf die im Jahre 1981 eingereichte Verfassungsbeschwerde Einspruch gegen die Steuerbescheide einlegen müssen. **Solange sich ein Steuerberater an die ständige Rechtsprechung und an die Richtlinien der Finanzverwaltung** (vgl. Gewerbesteuer Richtlinien Abschnitt 15, Abs. V in der Fassung v. 27.3.1985, BStBl I Seite 401) **hält, macht er sich keiner einen Schadenersatzanspruch auslösenden Pflichtverletzung schuldig.**

Gemäß dem Sachverständigengutachten konnte der Beklagte somit die von ihm gewünschte Gewerbesteuerermäßigung nicht erreichen. Der Sachverständige bezeichnete die vom Beklagten gewählte vertragliche Gestaltung als einen untauglichen Versuch. Ein Schaden ist dem Kläger jedoch dadurch nicht entstanden, weil der Kläger in jedem Falle die Gewerbesteuer hätte zahlen müssen. Durch eine andere rechtliche Gestaltung hätte – so der Sachverständige – bei Beteiligung der minderjährigen Kinder als mehrheitliche Anteilsbesitzer der GmbH die Gewerbesteuerpflicht der Besitzgesellschaft nicht vermieden werden können.

Die Klage erwies sich somit in vollem Umfange als unbegründet.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung des Regreßanspruches, § 68 StBerG
- Anmerkung

(LG Mannheim Urt. v. 16.6.1988 – 5 O 14/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Verjährung des Regreßanspruches i. S. § 68 StBerG beginnt spätestens mit Bestandskraft des schädigenden Steuerbescheides.
2. Eine spätere Betriebsprüfung ist unbeachtlich, wenn der Betriebsprüfungszeitraum das schädigende Veranlagungsjahr nicht erfaßt. Dasselbe gilt, wenn der Schaden nicht erstmals aufgrund der Nachveranlagung durch die Betriebsprüfung feststellbar ist.

Aus den Gründen:

Der behauptete Schadenersatzanspruch ist gemäß § 68 StBerG verjährt, und zwar ist sowohl der mögliche Primäranspruch als auch der mögliche Sekundäranspruch verjährt. Gem. § 68 StBerG verjähren Ansprüche gegen den Steuerberater nach Ablauf von 3 Jahren. Die Verjährung aus § 68 StBerG beginnt mit der Entstehung des Anspruchs; eine Kenntniserlangung von den anspruchsbegründeten Tatsachen ist nicht erforderlich (so BGHZ 83, 17, 19 = GI 8/82 = ZiP 1982, 451 m. Anm. Gräfel).

1. Im zu entscheidenden Fall **begann die Verjährung des Primäranspruchs** – des Schadenersatzanspruches aufgrund der geltend gemachten eigentlichen Falschberatung – **spätestens mit der Bestandskraft des Steuerbescheides** für das Jahr 1981 vom 21. 3. 1983 mit Ende des Jahres 1983 (das genaue Datum der Bestandskraft haben die Parteien bis zur mündlichen Verhandlung vom 19. 5. 1988 offengelassen). Mit diesem Datum wären alle anspruchsbegründenden Tatbestandsmerkmale einer positiven Forderungsverletzung verwirklicht. Verjährt war somit der Primäranspruch spätestens Ende 1986.

Die von den Klägern angespochene Rechtsprechung zur Betriebsprüfung, wonach die Verjährung eines Schadenersatzanspruches gegen einen Steuerberater erst mit Abschluß der Betriebsprüfung beginnt (vgl. BGHZ 73, 363), findet auf den hier zu entscheidenden Fall keine Anwendung. Zum einen hat für das Kalenderjahr 1981 eine Betriebsprüfung nicht stattgefunden. Zum anderen trifft diese Recht-

sprechung nur die Fälle, in denen das Finanzamt aufgrund der Betriebsprüfung Steuern nachfordert (so explizit BGHZ 83, 17, 20 f. = GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfel). Denn in diesen Fällen der Steuernachforderung entsteht dem Steuerpflichtigen ein Schaden erst durch die Steuerneufestsetzung durch das Finanzamt. Dies **gilt nicht in den Fällen wie dem hier zu entscheidenden, wo infolge der fehlerhaften Steuererklärung bereits durch den Steuerbescheid eine vermeintliche steuerliche Mehrbelastung entsteht** (so BGHZ 83, 17, 21 = GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfel).

2. Auch der **Sekundäranspruch** – seit BGHZ 83, 17, 22 ff. ist anerkannt, daß der Steuerberater ebenso wie der Rechtsanwalt darauf hinweisen muß, daß der sich aus einer Pflichtverletzung ergebende Schadenersatzanspruch innerhalb von 3 Jahren verjährt – ist gem. § 68 StBerG verjährt.

Die Verjährung dieses Sekundäranspruchs beginnt mit dem Ende des Auftrags am 31.12.1983 und endet am 31.12.1986, obwohl § 68 StBerG gerade die zweite Alternative des § 51 BRAGO – die Verjährung 3 Jahre nach Ende des Mandats – nicht enthält. Denn für das Bestehen des Sekundäranspruchs ist Voraussetzung, daß die Beklagte schuldhaft gegen die ihr obliegende Belehrungspflicht verstoßen hat. In diesem Zusammenhang kann offenbleiben, ob die Beklagte Kenntnis von ihrer angeblich fehlerhaften Steuerberatung hatte, auf jeden Fall kann ihr eine **Belehrungspflicht nur bis Ende des Steuerberatungsvertrages** Ende 1983 aufgebürdet werden (vgl. Steuerberaterhandbuch, 1987, S. 116).

Anmerkung:

Das Landgericht ist leider nicht auf die Änderung der Rechtsprechung des IVa-Senates im Ur. v. 27.11.1985, GI 1986, 27 = DStR 1986, 200 m. Anm. Messmer = EWIR § 68 StBerG 1/86, 297 (Gräfel), eingegangen. In dieser Entscheidung hat der BGH das vom LG Mannheim mehrfach zitierte Urteil BGHZ 83, 17 korrigiert. Der BGH hat im Ur. v. 27.11.1985 die Auffassung vertreten, daß im Falle einer Betriebsprüfung erst mit deren Abschluß feststehe, ob es bei einer vermeidbaren Steuermehrbelastung bleibt, gleichgültig ob es zu einer Herauf- oder Herabsetzung der Steuern kommt. Das LG Mannheim wäre aber zu keinem anderen Ergebnis gekommen: In dem ihm zur Entscheidung vorliegenden Sachverhalt hatte die Betriebsprüfung die schädigenden Veranlagungsjahre nicht erfaßt.

Haftung des Steuerberaters

– Gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten

(LG Paderborn Urt.v. 14.4.1988 – 3 O 40/88)

Leitsatz (d. Verf.):

Bei gleichwertigen Alternativen steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten, deren wirtschaftliche Vor- bzw. Nachteile sich im Beratungszeitpunkt nicht berechnen lassen, kann die Beratung des Steuerberaters zugunsten einer Alternative nicht fehlerhaft sein.

(Hier: Behandlung von Leistungen in eine Versorgungskasse)

Zum Tatbestand:

Der Kläger ist seit dem 1.10.1973 Chefarzt am Krankenhaus in H. und wurde seitdem auch von dem Ehemann der Beklagten steuerlich beraten. Er bezieht vom Krankenhausträger ein Gehalt, hat ein Liquidationsrecht bei Privatpatienten und einen Anspruch auf beamtenähnliche Versorgung. Um die Versorgung zu gewährleisten, hat der Krankenhausträger eine entsprechende Versicherung bei der W.L. Versorgungskasse abgeschlossen. Die Beiträge dafür werden vereinbarungsgemäß zu 50 % vom Krankenhausträger und zu 50 % vom Kläger getragen. Die Parteien streiten im vorliegenden Rechtsstreit um die richtige Ausgestaltung des Dienstvertrages mit dem Krankenhausträger und die daraus folgende steuerliche Behandlung der Versorgung. Wie aus der Einspruchsentscheidung des Finanzamtes H. vom 14.11.1986 hervorgeht, ist für die steuerliche Behandlung der Beiträge des Klägers zur Versorgung entscheidend, ob es sich um Beiträge zu einer Rückdeckungsversicherung des Krankenhausträgers oder um eine Direktversicherung des Klägers handelt, wobei insoweit auf die vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Kläger und dem Krankenhausträger abzustellen ist. Wird das Gehalt des Arbeitnehmers um seinen Beitragsanteil gekürzt und nur das gekürzte Gehalt dem Lohnsteuerabzug unterworfen, so liegt eine Rückdeckungsversicherung des Arbeitgebers vor mit der Folge, daß die späteren Versorgungsbezüge Arbeitslohn sind und als solche der Einkommensteuer unterliegen. Wird dagegen das vereinbarte Gehalt in voller Höhe versteuert und zahlt der Arbeitnehmer seine Beiträge zur Versorgung vom versteuerten Gehalt, so handelt es sich nicht um eine Rückdeckungsversicherung des Arbeitgebers, sondern um eine Direktversicherung des Arbeitnehmers. Die Beiträge des Arbeitgebers zur Versorgung sind steuerpflichtiger Arbeitslohn

und – zusammen mit den Beiträgen des Arbeitnehmers – Sonderausgaben, die beschränkt abzugsfähig sind. Die spätere Versorgung unterliegt in diesem Fall nur der Ertragswertbesteuerung.

Bis einschließlich 1983 erfolgte eine steuerliche Behandlung, die für den Kläger sehr günstig, aber fehlerhaft war. Versteuert wurde nämlich sein Gehalt einschließlich seines Arbeitnehmeranteils an dem gesamten Versorgungsbeitrag. Dieser wurde jedoch als Werbungskosten behandelt. Der Vorteil bestand darin, daß die Versorgungsbeiträge steuerlich abgesetzt wurden und dennoch die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß die späteren Versorgungsbezüge nur mit dem Ertragswert zu versteuern sein würden. Als der Krankenhausträger dem Kläger 1981 und 1983 vorschlug, den Vertrag so zu ändern, daß nur der nach Abzug der Versorgungsbeiträge verbleibende Teil des Einkommens dem Steuerabzug unterworfen werde, riet der verstorbene Ehemann der Beklagten dem Kläger davon ab, diese Vertragsänderung vorzunehmen. Die Vertragsänderung hätte dem Kläger Steuern erspart, da nur sein Gehalt abzüglich des Arbeitnehmeranteils zu versteuern gewesen wäre. Andererseits hätte er seine späteren Versorgungsbezüge voll versteuern müssen.

Aus den Gründen:

Dem Ehemann der Beklagten kann eine schuldhaft Verletzung seiner ihm dem Kläger gegenüber obliegenden Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag nicht angelastet werden.

Angesichts der beiden **Alternativen in der steuerlichen Behandlung der Versorgungsbeiträge** je nach Gestaltung des Dienstvertrages läßt sich nicht von einer Fehlberatung sprechen, wenn der Ehemann der Beklagten von einer Änderung des Vertrages abgeraten hat. Es läßt sich nicht feststellen, daß es objektiv für den Kläger ungünstig war, den Vertrag so zu belassen, daß die gesamten Versorgungsbeiträge als Arbeitslohn versteuert wurden und dadurch der Vorteil erhalten blieb, daß die Versorgungsbezüge nur mit dem Ertragswert versteuert wurden.

Bei der Gegenüberstellung der beiden Alternativen muß einerseits berücksichtigt werden, daß wegen der Progression des Einkommensteuertarifs und des hohen Einkommens des Klägers erhebliche steuerliche Belastungen dadurch entstanden, daß die Versorgungsbeiträge dem zu versteuernden Einkommen hinzugerechnet wurden. Auf der anderen Seite fällt ins Gewicht, daß die Versorgungsbeiträge als Sonderausgaben beschränkt abzugsfähig sind und daß sich die wirtschaftliche Bedeutung der Besteuerung der späteren Versorgungsbezüge nur mit dem Ertrags-

wert nicht abschätzen läßt und entscheidend vom Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalls und der Lebensdauer **aller** Versorgungsberechtigten abhängt. Erst nach dem Tod aller Versorgungsberechtigten kann errechnet werden, welche Behandlung im Ergebnis günstiger war oder gewesen wäre. **Die Entscheidung zwischen den beiden möglichen Alternativen kann nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, da sich ihre Vor- und Nachteile überhaupt nicht berechnen lassen.** Maßgebend kann nur sein, ob der Steuerpflichtige größeren Wert auf ein höheres Nettoeinkommen während der Zeit seiner Erwerbstätigkeit legt oder auf ein höheres Einkommen in der Lebensphase, in der er auf die Versorgung angewiesen ist.

Hier kommt folgender Gesichtspunkt hinzu: Bis einschließlich 1985 wurde **die steuerliche Behandlung seiner Versorgungsbeiträge vom Finanzamt zu seinen Gunsten fehlerhaft vorgenommen.** Die Beiträge wurden einerseits als Werbungskosten abgesetzt und andererseits erhielt er sich die Möglichkeit, daß die späteren Versorgungsbezüge nur mit dem Ertragswert versteuert wurden. Auch wenn man von dem verstorbenen Ehemann der Beklagten erwarten konnte, daß er die Unrichtigkeit dieser steuerlichen Behandlung erkennen und jederzeit damit rechnen mußte, daß das Finanzamt zur richtigen steuerlichen Behandlung überging, lag es durchaus im Interesse des Klägers, daß der Steuerberater zunächst versuchte, an dieser bisherigen für den Kläger sehr günstigen Behandlung festzuhalten. Frühestens nach dem Zugang der Einspruchsentscheidung vom 14.11.1986 für das Jahr 1984 bestand daher Veranlassung darüber nachzudenken, wie nunmehr im Interesse des Klägers am besten zu verfahren sei. **Es lag nicht im Interesse des Klägers, die Vertragsgestaltung zu ändern, bevor feststand, daß das Finanzamt zu einer richtigen steuerlichen Behandlung überging.** Daß der verstorbene Ehemann der Beklagten dem Kläger vor November 1986 nicht zu einer Änderung des Vertrages geraten hat und es deshalb im Ergebnis für die Jahre 1984, 1985 und 1986 zu einer Einbeziehung der Versorgungsbeiträge in das zu versteuernde Einkommen gekommen ist, kann deshalb schon aus diesem Grund dem Steuerberater nicht als Pflichtverletzung angelastet werden. Es muß vielmehr davon ausgegangen werden, daß der Kläger bei Aufklärung über die Fehlerhaftigkeit der bisherigen für ihn günstigen Behandlung durch das Finanzamt den Steuerberater veranlaßt hätte zu versuchen, diese Behandlung beizubehalten. Außerdem hatte der Steuerberater, nachdem das Finanzamt am 14.11.1986 den Einspruch für 1984 zurückgewiesen hatte, zu bedenken, daß dem Kläger durch die bisherige langjährige fehlerhafte steuerliche Behandlung der Vorteil entstanden war, daß seine späteren Versorgungsbezüge nur der Ertragswertbesteuerung unter-

liegen würden, und daß der Kläger inzwischen 55 Jahre alt war und deshalb die weitere Erhaltung der Möglichkeit der Ertragswertbesteuerung seiner Versorgung von wesentlich größerer Bedeutung für ihn war als etwa zu Beginn seiner Tätigkeit am Krankenhaus in H. im Jahre 1978. Auch dieser Gesichtspunkt sprach für eine Beibehaltung der bisherigen vertraglichen Regelung.

Steuerberatungsvertrag

- Herausgabeanspruch
- Kündigungsrecht
- Anmerkung

(AG Bad Neuenahr-Ahrweiler Urt. v. 25.11.1987 – 3 C 127/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Anspruch des Mandanten auf Herausgabe aller geschäftlichen Unterlagen bedarf nicht der Benennung jedes Schriftstücks.
2. Der Steuerberatungsvertrag kann vom Mandanten regelmäßig gemäß § 627 Abs. 1 BGB ohne weiteres fristlos gekündigt werden.
3. Der Mandant hat einen Anspruch auf Übertragung der bei der DATEV gespeicherten Daten auf ein anderes Steuerberatungsbüro.

Aus den Gründen:

Bedenken gegen die Zulässigkeit der Klage bestehen nicht. Insbesondere sind die gestellten Klageanträge hinreichend bestimmt. Denn aus dem Klageantrag zu Ziffer 1 ergibt sich eindeutig, daß die Klägerin die **Herausgabe aller geschäftlichen Unterlagen** verlangt, die sie dem Beklagten im Rahmen des Steuerberatungsvertrages zur Verfügung gestellt hat bzw. die von dem Beklagten vertragsgemäß für sie gefertigt wurden.

Um welche Unterlagen es sich hierbei handelt, ist auch für einen Dritten zweifelsfrei erkennbar. Es ist nicht erforderlich, daß jedes einzelne Schriftstück genau nach Datum, Verfasser und Inhalt bezeichnet und in den Klageantrag aufgenommen wird.

Die Klage ist auch begründet. Der Anspruch der Klägerin folgt aus den §§ 675, 667 BGB. Unstreitig bestand zwischen den Parteien ein Steuerberatungsvertrag. Hierbei handelt es sich rechtlich um einen **Dienstvertrag**, der eine Geschäftsbesorgung im Sinne des § 675 BGB zum Gegenstand hat (vgl. Palandt-Thomas, BGB, 46. Aufl. Einführung vor § 631, 5). In entsprechender Anwendung des § 667 BGB ist der Beklagte verpflichtet, der Klägerin alles, was er zur Ausführung des Steuerberatungsvertrages erhalten und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt hat, herauszugeben. Dazu gehören zunächst die geschäftlichen Unterlagen und Belege, die ihm die Klägerin im Rahmen des Beratungsvertrages zur Verfügung gestellt hat. In § 667 BGB werden aber auch die **Unterlagen erfaßt, die der Beklagte im Rahmen seiner vertraglichen Verpflichtungen selbst erstellt hat und die er durch Angestellte oder Dritte hat erstellen lassen** (vgl. OLG Düsseldorf Ur.v. 27.1.1977, NJW 1977 1201). Der Anspruch auf Herausgabe dieser Unterlagen, wozu insbesondere alle **Geschäftsbelege, DATEV-Konten, Inventarverzeichnisse, Hauptabschlußübersichten und Primanoten** gehören, ist auch fällig. Denn der Steuerberatungsvertrag wurde durch die von der Klägerin mit Schreiben vom 25.7.1986 ausgesprochene fristlose Kündigung wirksam beendet. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Vertragsverhältnis – wie der Beklagte behauptet – bis zum Jahresende lief und sich jeweils um ein weiteres Jahr verlängerte, wenn es nicht rechtzeitig 3 Monate vor Ablauf gekündigt wurde.

Einer Entscheidung hierzu bedarf es nicht. Denn der Klägerin stand in jedem Fall ein Recht zur **außerordentlichen Kündigung nach § 627 Abs. 1 BGB** zu. Nach dieser Bestimmung ist eine außerordentliche Kündigung ohne weiteres zulässig, wenn der zur Dienstleistung verpflichtete, ohne in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen zu stehen, Dienste höherer Art zu erbringen hat, die auf Grund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen. Hierunter fällt auch die Tätigkeit eines Steuerberaters oder Steuerbevollmächtigten (vgl. Palandt-Putzo, a.a.O., § 627 1bb; Soergel-Siebert-Kraft, BGB, 11. Aufl., Band 3, § 627 Randziffer 3). Von diesem Recht zur außerordentlichen Kündigung hat die Klägerin durch ihr Schreiben vom 25.7.1986 in zulässiger Weise Gebrauch gemacht.

Der Antrag zu Ziffer 2 der Klageschrift ist in entsprechender Anwendung der §§ 675, 667 BGB ebenfalls begründet. Der Beklagte hat nicht bestritten, daß er **einen Teil der ihm übertragenen Arbeiten nicht selbst erledigt hat, sondern durch die Firma DATEV in Nürnberg ausführen ließ**. Dies gilt insbesondere für die Kontenführung und die Speicherung sonstiger Daten im Rahmen der Buchungsarbeiten. Auch hier könnte die Klägerin grund-

sätzlich verlangen, daß ihr die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Wenn sie ihren Anspruch nur darauf beschränkt, daß der Beklagte in eine Übertragung der bei der Firma DATEV gespeicherten Daten auf sie oder ein anderes Steuerberatungsbüro einwilligt, so stellt dies gegenüber dem Herausgabeanspruch nur ein weniger dar, das ebenfalls durch die §§ 675, 667 BGB gedeckt ist.

Anmerkung:

Der Steuerberatungsvertrag kann grundsätzlich sowohl vom Mandanten als auch vom Steuerberater **fristlos gem. § 627 BGB gekündigt werden**, ohne daß besondere Kündigungsgründe vorliegen müssen (OLG Köln GI 1/85; OLG Düsseldorf GI 1987, 99; AG Sinzig GI 1987, 108; BGH GI 1987, 35 = WM 1987, 265 betr. Anwaltsvertrag).

Der Steuerberater darf allerdings **nicht „zur Unzeit“ kündigen**. Gem. § 627 Abs. 2 Satz 1 BGB erfolgt eine Kündigung zur Unzeit, wenn der Dienstberechtigte sich die Dienste nicht anderweitig beschaffen kann. Eine Kündigung zur Unzeit liegt nicht bereits dann vor, wenn der Mandant durch die Kündigung finanzielle Mehrbelastungen hat (OLG Düsseldorf GI 1987, 102; vgl. OLG Hamm GI 19/82).

Das gesetzliche Kündigungsrecht gem. § 627 BGB kann durch Vereinbarung von Kündigungsfristen abbedungen werden (OLG Düsseldorf GI 1987, 99).

Kündigungsfristen in Allgemeinen Auftragsbedingungen unterliegen Beschränkungen: Vertragslaufzeiten von mehr als zwei Jahren sind unwirksam (§ 11 Nr. 12 AGB-Gesetz).

Verstößt eine Kündigungsfrist gegen § 11 Nr. 12 AGB-Gesetz, so unterliegt der Steuerberatungsvertrag der gesetzlichen Kündigungsmöglichkeit gem. § 627 BGB.

Hinsichtlich der **Herausgabepflicht der bei der DATEV gespeicherten Buchhaltungsdaten** befindet sich das Urteil des AG Bad Neuenahr-Ahrweiler in Übereinstimmung mit der überwiegenden Rechtsprechung (LG Duisburg ZIP 1982, 603; Pelka/Hartmann, Beck'sches Steuerberaterhandbuch 1988 Teil F 65 ff m.w.N.; a.A. LG Braunschweig GI 1987, 116 = StB 1987, 15).

GI Leitsätze

Verkehrsanwalt / Prozeßanwalt: Fristprüfung

Zur Sorgfaltspflicht des Verkehrsanwaltes, der Kenntnis vom anberaumten Verkündungstermin hat.

(BGH Beschl. v. 2.12.1987 – IVa ZB 17/87)

Anmerkung: Der Prozeßanwalt hatte die Zustellung eines Urteils dem Verkehrsanwalt durch einfachen Brief mitgeteilt. Das Urteil und das Begleitschreiben müssen auf dem Postweg verlorengegangen sein. Der BGH hat festgestellt, daß die Verkehrsanwälte ohne Schuldvorwurf auch längere Zeit die Mitteilung des Prozeßanwaltes abwarten können, welcher Art die im Verkündungstermin bekanntgegebene Entscheidung war und ob durch ihre Zustellung eine Frist in Lauf gesetzt wurde. In dem BGH-Urteil haben die Verkehrsanwälte erst etwa drei Monate und zwei Wochen nach der Urteilsverkündung von dessen Zustellung erfahren. Der BGH gewährte Wiedereinsetzung wegen Versäumung der abgelaufenen Berufungsfrist. Er wies nochmals darauf hin, daß – anders als früher – seit der Neuregelung des Wiedereinsetzungsrechts im Jahre 1977 vom Prozeßbevollmächtigten lediglich die üblich, von einem ordentlichen Rechtsanwalt zu fordernde Sorgfalt erwartet werden kann. Nur wenn ein besonderer Anlaß bestehe, d.h. wenn im Einzelfall wegen äußerer Umstände sich die Notwendigkeit weiterer Prüfungen aufdrängt, sei er zu gesteigerter Sorgfalt verpflichtet.

Pflicht zur Belehrung über Nießbrauchserlaß bei unentgeltlichem Wohnrecht

Hat der Steuerpflichtige an einem Grundstück ein unentgeltliches Wohnrecht bestellt und den Steuerberater beauftragt, eine Erklärung über die Einkünfte aus Vermietung der Verpachtung zu erstellen, so muß der Steuerberater ungefragt auf die Bedenken hinweisen, die wegen des Nießbrauchserlasses dem Abzug der vollen Abschreibung und sämtlicher Werbungskosten entgegenstehen. Unterläßt er dies, so haftet er auch für den steuerlichen Schaden, der aus dem Unterbleiben der an sich möglichen Änderung des Vertrages über die Wohnrechtsbestellung entstanden ist.

(OLG Düsseldorf Urf.v. 9.6.1988 – 18 U 285/87)

GI Hinweis

Zu der mit Wirkung vom 1.7.1988 geänderten Steuerberatergebührenverordnung wird in zweiter Auflage bereits eine Kurzkomentierung von Mittelsteiner und Scholz vorgelegt (C. F. Müller-Verlag Heidelberg, 195 S., 28,80 DM).

Die Kurzkomentierung gibt dem Steuerberater die notwendigen Hilfsmittel an die Hand, seine Gebührenrechnungen auf das neue Gebührenrecht einzustellen. Die Kommentierung von Mittelsteiner/Scholz hilft, Streit mit dem Mandanten über die Gebührenfragen zu vermeiden.

Die Autoren weisen in §11 darauf hin, daß es eine sog. Mittelgebühr als „Regelgebühr“ nicht gebe. Wir bringen die zwischenzeitlich gefestigte Rechtsprechung des OLG Düsseldorf in Erinnerung, wonach der Steuerberater den Gebührenrahmen in der Regel nur bis zur Mittelgebühr ausschöpfen kann (OLG Düsseldorf Ur. v. 30.4.1986 GI 1986, 96 und Ur. v. 3.7.1986 GI 1986, 100).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–9, 1988)

Abtretung		Bauherrenmodell	
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	– Aufgabengebiet des Treuhänders	88, 55
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88, 50	– Beteiligung trotz steuerlicher Risiken	88, 150
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88, 94	– objektbezogener StB	
	(LS)	= Abgrenzung zum persönlichen StB	88, 3
Allgemeine Geschäftsbedingungen		– Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88, 94	Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA	
	(LS)	– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	= über Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88, 89
– Verjährungsfrist		= Kenntnis d. Steueraufhebungsbescheides	88, 106
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	– Dauermandat und Einzelauskünfte	88, 95
Anlageberatung		– Mandatsübernahme/Tod des Sozios	88, 94
– Prüfung des Grundstückswerts	88, 76		(LS)
	(LS)	Berichtigung, § 173 I, 2 AO	
– wirtschaftliche Risiken	88, 76	– grobes Verschulden	
	(LS)	= Belegverlust	88, 142
	88, 90	= Krisensituation	88, 142
– Prognosen	88, 79	= des Mandanten	88, 26
Antrag		– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88, 26, 142
– Investitionszulage	88, 155	= Mitarbeiter-Kontrolle	88, 142
Anwaltsvertrag		Beschlagnahmeverbot § 97 StPO	
– Ende des –	88, 61	– Buchhaltungsunterlagen	88, 63
		– Jahresabschluß	88, 63

Beweislast		
– Buchungsfehler	88, 133	
– Kausalität	88, 95, 101	
= z. Pflichtverletzung und Schaden		
– Rückgabe von Mandantenunterlagen	88, 117	
– Schaden	88, 94	
= Aussichten d. Vorprozesses	(LS)	
= Belegvernichtung d. StB	88, 146	
= Schätzungsschaden	88, 157	
– für Verhandlungsergebnis	88, 95, 100	
Buchführungsauftrag		
– Auftragsinhalt	88, 157	
– Belehrungspflichten		
= Belegaufbewahrung	88, 146	
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung		
= Belegaufbewahrung, Gastwirtsmandat	88, 146	
= Grundaufzeichnungen	88, 157	
Buchhaltungsunterlagen		
– Vernichtung, Schadendarlegung	88, 146	
Dritthaftung		
– Anwaltsvertrag	88, 100	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88, 9	
– Steuerberatungsvertrag mit OHG	88, 79	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		
= Bilanz- und Kreditgeber	88, 54	
	(LS)	
= Bilanz- und Konkursgläubiger	88, 76	
	(LS)	
Fristenkontrolle		
– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164	
	(LS)	
Gewinnausschüttung		
– mit Mittelabfluß	88, 18	
	(LS)	
Haftungsbeschränkung		
– auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	
– wegen steuerlicher Folgen	88, 150	
– im Treuhandvertrag	88, 46, 150	
– Verjährungsfrist in AGB	88, 3	
Herausgabepflicht des StB's		
– Abholung/Übersendung	88, 2	
– gespeicherte Buchhaltungsdaten	88, 174	
– Mandantenunterlagen	88, 2	
Honoraranspruch des StB's		
– Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO	88, 83, 128	
– Anrechnung ersparter Kosten	88, 29	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB		
= Umsatzsteuer	88, 29	
– Buchführungsmandat	88, 83	
– Minderung d. –	88, 128	
– sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO	88, 85	
Investitionszulage		
– Auftrag zur Beantragung d. –	88, 155	
Kassenbuch		
– Belegaufbewahrung	88, 147	
Kausalität		
– Beteiligung am Bauherrenmodell trotz Steuerrisiko	88, 150	
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88, 36	
	(LS)	
Kenntnis des Steuerrechts		
– Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153, 165	
– Rechtsprechungsänderung		
= Ehegatten-Betriebsaufspaltung	88, 165	
= Grunderwerbssteuer im Bauherrenmodell	88, 150	
Klageauftrag		
– Beschwerdefrist, Ablehnung der Prozeßkostenhilfe	88, 142	
– vorsorgliche Klage	88, 18	
	(LS)	
– Rechtsmittelauftrag	88, 164	
	(LS)	
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177	
	(LS)	
Konkurrenzverbot		
– des angestellten RA	88, 2	
Konkursverwalter, Haftung des –		
– Regreßanspruch des Kommanditisten	88, 54	
	(LS)	
– Steuerhaftung	88, 54	
	(LS)	
Kostenerstattung im Regreßprozeß		
– Privatgutachten	88, 76	
	(LS)	
Kündigung des Mandats		
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18	
	(LS)	
Notar		
– Belehrungspflichten		
= über Sozialbindung	88, 86	
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungsanspruchs	88, 18	
	(LS)	
Provisionsgeschäfte		
– Herausgabepflicht der Provision	88, 60	
– Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60	
Prozeßkostenhilfe		
– Beschwerdefrist	88, 142	
Rechtsanwalt		
– Beratungspflichten		
= Kündigungsmandat und Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88, 89	
– Dritthaftung	88, 9	
– Konkurrenzverbot	88, 2	
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177	
	(LS)	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		
– Geltendmachung v. Schadenersatzanspruch	88, 108	
– Sanierungsverhandlungen	88, 19	
– durch Wp	88, 19	
Schaden		
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32	
– negatives Interesse, Kapitalanlage	88, 150	
– Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	88, 94	
	(LS)	
– verlorener Prozeß	88, 94	
	(LS)	
– bei unvermeidbarer Steuerzahlung	88, 94	
	(LS)	
– Verschulden bei Vertragsabschluß	88, 154	
– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden		
Schätzung, § 162 AO		
– Schaden		
= Darlegungs- und Beweislast	88, 31	

Sozietät		
– Vertrag mit –	88, 94	
	(LS)	
– Tod des Sozius/Mandatsübernahme	88, 94	
	(LS)	
Steuerberater		
– Konkurs des –	88, 2	
Steuerberatungsgesetz		
– § 1 Abs. 2 Nr. 2		
= Einrichtung der Fibu u. Lobu	88, 116	
	(LS)	
– § 46 Abs. 3 Nr. 2		
= Konkurs des StB's	88, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Dauermandat und Beratungspflichten	88, 95	
– Investitionszulagenantrag	88, 155	
– Kündigung durch Mandanten	88, 174	
– mit OHG	88, 79	
– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3	
– Steuergestaltungsberatung		
= Änderung der Pachtforderung	88, 165	
= gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	
= Nießbrauch	88, 177	
	(LS)	
= Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160	
= Vertragsänderungen	88, 160	
= unentgeltliches Wohnrecht	88, 159	
Steuergestaltungsberatung		
– Änderung der Pachtforderung	88, 165	
– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	
– Nießbrauch	88, 177	
	(LS)	
– Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160	
– Vertragsänderungen	88, 160	
– unentgeltliches Wohnrecht	88, 159	
Steuerhinterziehung		
– Berufspflichtverletzung	88, 116	
	(LS)	
– ESt-Vorauszahlung	88, 116	
	(LS)	
– USt-Voranmeldung	88, 116	
	(LS)	
Testamentsvollstrecker		
– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36	
	(LS)	
Treuhänder		
– Abweichung von Prospektaussage	88, 41	
– Aufhebung der Steuerbefreiung	88, 106	
– Belehrung über steuerliche Risiken	88, 150	
= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88, 3	
– Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41	
– Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	88, 150	
– Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	
– Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46	
– Pflichten des – im Bauherrenmodell	88, 55, 151	
– Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150	
– Überwachung d. gewerbl. Zwischenmieters	88, 106	
– Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55	
– Versicherungsschutz	88, 46, 66	
Unerlaubte Handlung		
– vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
= prognostische Anlageberatung	88, 81	
Verjährung, § 51 BRAO		
– unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61	
– Sekundäranspruch, Frist	88, 37	
– Verjährungsbeginn		
= Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61	
Verjährung, § 68 StBerG (§ 51 a WPO)		
– Kenntnis des Fehlers u. d. Schadens	88, 145	
– Verjährungsbeginn		
= Anlageberatung	88, 110	
= Bestandskraft des Steuerbescheides	88, 143, 169	
= Betriebsprüfung	88, 143, 169	
= Feststellungsklage	88, 169	
= Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113	
= Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110	
= Zahlung der Steuer	88, 144	
= Zustellung d. Steuerschadens	88, 122	
– bei Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55	
Verjährung, § 839 BGB –		
anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18	
	(LS)	
– Verjährungsunterbrechung		
= durch Mahnbescheid	88, 122	
Verschulden		
– Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153	
– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	
Versicherungsschutz		
– Nachbesserungskosten	88, 137	
– Treuhandtätigkeit	88, 66	
Vorteilsausgleich		
– wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77	
Wettbewerb/Mandantenschutz		
– des angestellten RA	88, 11	
Wiedereinsetzung		
– Fristenkontrolle		
= Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164	
	(LS)	
Wirtschaftsprüfer		
– Berufsbild	88, 22	
= Sanierungsverhandlungen	88, 22	
= Treuhandtätigkeit	88, 55	
– Rechtsberatung	88, 22	
Zurückbehaltungsrecht		
– an Arbeitspapieren	88, 117	
– Beweislast	88, 117	
– Darlegung d. Schriftstücke	88, 174	
– an DATEV-Daten	88, 174	
– Grundsatzurteil	88, 117	
– an Hauptabschlußübersicht u. Umbuchungsliste	88, 117	

BGH v. 3. 12. 1986 – IVa ZR 90/85 = ZIP 1987, 922	88, 36 (LS)	OLG Köln v. 16. 10. 1987 – 20 U 24/87	88, 3
BGH v. 18. 2. 1987 – IVa ZR 232/85 = VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463 = EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)	88, 76 (LS)	OLG Köln v. 16. 10. 1987 – 11 U 180/87	88, 2
BGH v. 2. 7. 1987 – IX ZR 94/86	88, 94	OLG Köln v. 6. 11. 1987 – 6 U 205/86	88, 41
BGH v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86	88, 100	OLG Köln v. 9. 3. 1988 – 2 U 67/87	88, 128
BGH v. 1. 10. 1987 – IX ZR 202/86 = WM 1988, 127	88, 37	OLG München v. 30. 1. 1987 – 21 U 3798/86	88, 66
BGH v. 7. 10. 1987 – IVa ZR 67/87 = StB 1988, 16 = WM 1987, 1557	88, 79	OLG München v. 14. 1. 1988 – 19 U 4495/85	88, 60
BGH v. 4. 11. 1987 – IVa ZR 158/86 = WM 88, 26 = ZIP 88, 40 = EWiR Art. 1 § 5 RBerG 1/88, 185 (Chemnitz) = JZ 1988, 556 m. Anm. Zuck	88, 19	OLG Oldenburg v. 27. 4. 1987 – 3 U 119/86	88, 89
BGH v. 5. 11. 1987 – IX ZR 86/86 = EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann) = EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann) = WM 88, 342	88, 36 (LS)	OLG Oldenburg v. 7. 5. 1987 – 1 U 211/86	88, 122
BGH v. 19. 11. 1987 – VII ZR 39/87	88, 55	OLG Stuttgart v. 21. 5. 1987 – Ss 221/87 = StB 1988, 21	88, 116 (LS)
BGH v. 25. 11. 1987 – IVa ZR 162/86 = StB 1988, 166	88, 95	OLG Stuttgart v. 27. 5. 1987 – 8 W 134/87 = StB 1988, 20	88, 76 (LS)
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86 = WM 1986, 166 = WuB IV A. § 675 BGB 2.88 Sturmhoebel	88, 18 (LS)	EG Hamburg v. 4. 2. 1986 – III 12/85 EV 73/83 = BRAK-Mitt 1987, 100	88, 116 (LS)
BGH v. 2. 12. 1987 – IVa ZB 17/87	88, 177 (LS)	LG Arnsberg v. 2. 5. 1988 – 5 S 260/87	88, 155
BGH v. 9. 12. 1987 – IVa ZR 204/86 = WM 1988, 220 = WuB IV A. § 675 BGB 3.88 Sturmhoebel	88, 77	LG Aschaffenburg v. 23. 9. 1987 – 3 O 474/86	88, 165
BGH v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86	88, 164 (LS)	LG Berlin v. 2. 12. 1987 – 30 O 214/87	88, 157
BGH v. 4. 2. 1988 – IX ZR 20/87 = WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	88, 94	LG Darmstadt v. 9. 9. 1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 17. 2. 1988 – IVa ZR 262/86 = StB 1988, 232 = DStR 1988, 508	88, 117	LG Detmold v. 4. 12. 1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)
BGH v. 11. 3. 1988 – V R 49/86 = Steuer-Telex 2019 = LEXinform 81467	88, 164 (LS)	LG Detmold v. 25. 2. 1988 – 3 O 215/87	88, 90
BGH v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87 = WM 1988, 987 = WuB IV A § 675 5.88 Huff	88, 164 (LS)	LG Düsseldorf v. 22. 10. 1987 – 14 O 119/87	88, 31
OLG Bremen v. 10. 11. 1987 – 1 U 56/87	88, 86	LG Düsseldorf v. 21. 12. 1987 – 1 O 132/87 = STEUER-TELEX 1016	88, 76 (LS)
OLG Celle v. 13. 6. 1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)	LG Heidelberg v. 13. 11. 1987 – 5 O 60/86	88, 46
OLG Celle v. 15. 4. 1987 – 3 U 16/87	88, 143	LG Köln v. 5. 1. 1988 – 22 O 28/87	88, 110
OLG Düsseldorf, 13. 6. 1985 – 8 U 212/84 = RBeistand 1987, 42	88, 2	LG Köln v. 11. 1. 1988 – 20 O 246/87	88, 106
OLG Düsseldorf v. 26. 11. 1987 – 18 U 97/87	88, 29	LG Mannheim v. 16. 6. 1988 – 5 O 14/88	88, 169
OLG Düsseldorf v. 10. 3. 1988 – 18 U 174/87	88, 83	LG Oldenburg v. 20. 5. 1988 – 6 O 570/88	88, 159
OLG Düsseldorf v. 5. 5. 1988 – 18 U 289/87	88, 146	LG Paderborn v. 14. 4. 1988 – 3 O 40/88	88, 171
OLG Düsseldorf v. 9. 6. 1988 – 18 U 285/87	88, 177 (LS)	LG Stuttgart v. 14. 9. 1987 – 10 Qs 53/87 = wistra 1988, 40	88, 63
OLG Frankfurt v. 5. 11. 1987 – 13 U 186/85 = NJW/RR 1988, 124	88, 54 (LS)	AG Bad Neuenahr-Ahrweiler v. 25. 11. 1987 – 3 C 127/87	88, 174
OLG Frankfurt v. 27. 1. 1988 – 21 U 201/86 = WM 1988, 632 = NJW RR 1988, 618	88, 150	BFH v. 24. 3. 1987 – X R 9/80	88, 26
OLG Hamm v. 25. 2. 1987 – 28 W 4/87	88, 61	BFH v. 1. 7. 1987 – II B 59/87 = BFH NV 1988 L 49	88, 142
OLG Hamm v. 4. 6. 1986 – 25 U 61/85 = StB 1987, 211	88, 94 (LS)	BFH v. 26. 8. 1987 – I R 144/86 = STEUER-TELEX 0314 = LEXinform 0081061	88, 142
OLG Hamm v. 16. 9. 1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)	BFH v. 17. 9. 1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9	88, 15
OLG Hamm v. 18. 3. 1988 – 25 U 103/87	88, 136	BFH v. 17. 11. 1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132 = LEXinform 0081033	88, 2
OLG Koblenz v. 11. 6. 1987 – 1 Ss 198/87	88, 116 (LS)	BFH v. 12. 1. 1988 – VII R 60/86 = Steuer-Telex 119 = LEXinform 0081292	88, 116 (LS)
		FG Baden-Württemberg v. 4. 11. 1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
		FG Berlin v. 24. 3. 1987 – VII 100/86 = EFG 1987, 594	88, 142
		OVG Münster Beschl. v. 21. 2. 1987 – XI B 43/87 = AnwBl. 1988, 172	88, 94 (LS)

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.